

Blackout – Eine kommunale Herausforderung!

Ein Blackout – ein plötzlicher, überregionaler (europaweiter) und länger andauernder Strom- und Infrastrukturausfall – führt in kürzester Zeit zum Ausfall fast aller wichtigen Infrastrukturen (wie Beleuchtung, Telekommunikation, Heizung, Teile der Wasserver- und Abwasserentsorgung, Gesundheitsversorgung, Lebensmittel- und Treibstoffversorgung, Geld- und Warenverkehr, Produktion und Transport). Damit kommt das gesellschaftliche Leben zum Erliegen. Etwas, das völlig unvorstellbar scheint und doch sehr realistisch ist.

An der Belastungsgrenze

Das europäische Stromversorgungssystem zählt zu den verlässlichsten der Welt. Dennoch nehmen seit Jahren die Warnungen vor möglichen Blackouts zu. Von der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend unbeachtet steigen die Instabilitäten im europäischen Stromversorgungssystem seit Jahren an. Erst Mitte August 2015 stand der polnische Teil des europäischen Stromversorgungssystems knapp vor dem Kollaps, tausende Unternehmen mussten mehrere Tage Stromlieferunterbrechungen in Kauf nehmen, um Schlimmeres zu verhindern. Daher fragt sich die Fachwelt nicht mehr ob, sondern nur mehr wann ein solches Ereignis eintreten wird. Ganz abgesehen davon gibt es eine ganze Reihe von möglichen Auslöseereignissen, die zu einem Blackout führen können (etwa technische Störungen und Fehler, Natur- und Extremwetterereignisse, Sonnenstürme, Cyber-Angriffe, Terroranschläge, etc.). Wie bisherige Blackouts auf anderen Kontinenten gezeigt haben, führt in der Regel eine Verkettung von an und für sich beherrschbaren Störungen zum Dominoeffekt, was innerhalb weniger Sekunden zum Ausfall der Stromversorgung in weiten Teilen Europas führen kann. Schlimm ist nicht, dass so etwas möglich ist – es gibt nirgends eine 100%ige Sicherheit – sondern, dass wir das ausschließen und nicht darauf vorbereitet sind. Es fehlen uns schlichtweg die Handlungskompetenzen, um mit derart weitreichenden Störungen umgehen zu können.

Weitreichende Dominoeffekte

Ein Blackout führt zeitnah zum Ausfall weitgehend aller wichtigen stromabhängigen Infrastrukturen. Je nach Einschätzung wird im Minimum von einer halb- bis zu mehrtägigen Stromunterbrechung ausgegangen. Auch wenn die Stromversorgung wieder verfügbar ist, wird es Tage oder länger dauern, bis auch die anderen Infrastrukturen und die Versorgung wieder halbwegs sicher zur Verfügung stehen werden. Viele technische Infrastrukturen sind über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, gewachsen und seither permanent im Betrieb. Diese aus einem unsicheren Zustand wieder hochzufahren wird zu einer enormen Herausforderung mit zahlreichen Stolpersteinen. Ganz zu schweigen von der Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern, sind doch die Logistikprozesse und -ketten hochgradig verzahnt und optimiert. Hier müssen in jedem Fall längerfristige Einschränkungen und Engpässe erwartet werden. Gleichzeitig kommt eine aktuelle österreichische Studie zum Schluss, dass sich rund 3 Millionen Menschen maximal bis zu 4 Tage selbst versorgen können. Rund eineinhalb Millionen Menschen verfügen über keine Wasservorräte.

Gesellschaftliche Vorbereitung ist unverzichtbar

Daher ist es unverzichtbar, dass wir uns als Gesellschaft mit diesem Thema auseinandersetzen. Dabei geht es nicht nur um das Szenario „Blackout“ alleine. Mit dieser Auseinandersetzung und den Vorbereitungen können auch viele andere mögliche Szenarien leichter bewältigt werden, wie regionale Extremwetterereignisse, eine Pandemie, Lebensmittelversorgungsengpässe in Folge von Missernten, ein Erdbeben oder was auch immer. Es geht um eine generelle Erhöhung der gesellschaftlichen Resilienz, um mit jeglichen Störungen und Unsicherheiten besser umgehen zu können.

Organisatorische Maßnahmen haben Priorität

Dabei ist nicht unbedingt eine breite technische Absicherung anzustreben, was weder notwendig, sinnvoll noch leistbar ist, sondern vielmehr die Vorbereitung von organisatorischen Notfallmaßnahmen sowie die Mobilisierung der Bevölkerung zur Eigenvorsorge und Eingenbevorratung für zumindest ein bis zwei Wochen, was derzeit die Ausnahme darstellt. Es geht um eine definierte Rückfal-

lebene, für den Fall, dass einmal nicht alles wie gewohnt funktioniert, was durch die zunehmende Vernetzung und den damit verbundenen wechselseitigen Abhängigkeiten immer wahrscheinlicher wird.

Grenzen und Erwartungshaltungen

Ein wesentliches Ziel der Auseinandersetzungen sollte auch sein, die eigenen Grenzen besser kennen zu lernen und falsche Erwartungshaltungen, insbesondere in der Bevölkerung („Die Behörden/Einsatzorganisationen werden das schon richten“), zu reduzieren. Dabei gilt es auch die eigenen Erwartungshaltungen zu verifizieren – denn nicht selten verbergen sich dahinter Scheinsicherheiten, wie etwa bei der Wasserversorgung, oder beim erwartbaren Leistungsumfang der Einsatzorganisationen, welche ja auch selbst zu Betroffene werden.

Gemeinden und Bevölkerung

Die Gemeinde ist die erste Anlaufstelle für die Bevölkerung und der Bürgermeister ist der erste behördliche Einsatzleiter in einem Katastrophenfall. Ein Großteil der Bewältigung wird bei einem Blackout auch auf dieser Ebene erfolgen müssen, da mit einer Hilfe von „außen“ nicht oder nur sehr eingeschränkt zu rechnen ist. Je mehr Überlegungen und Vorbereitungen in der Gemeinde bereits vor einem solchen Ereignis getroffen wurden, desto einfacher wird sich eine Bewältigung darstellen. Umgekehrt wird eine Aufforderung des Bürgermeisters an seine Mitbürger, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen bzw. konkrete Eigenbevorratungsmaßnahmen zu setzen, am ehesten angenommen werden.

Kommunikation

Die größte Herausforderung stellt dabei die Kommunikation – vor, während aber auch nach einem solchen Ereignis – dar. Im Wesentlichen stellt jede Krise/Katastrophe auch eine Kommunikationskrise dar, wo durch gute bzw. falsche Kommunikation deeskalierend oder auch eskalierend gewirkt werden kann. Eine vorbereitete Krisenkommunikationsrichtlinie wird sich wahrscheinlich positiv auf das Krisenmanagement auswirken und auch von der Bevölkerung goutiert werden.

Eine offene Risikokommunikation kann zudem auch bereits bei lokalen Ereignissen die Gefahr der Lähmung verringern, da eine unvorbereitete Bevölkerung zu wenig rationalen Handlungen neigt, wie etwa zur Blockade von noch funktionierenden Telekommunikationsverbindungen, wie jüngste Erfahrungen gezeigt haben.

Vernetztes Denken und Handeln

Zu Beginn der Auseinandersetzungen stellt sich möglicherweise die Frage, ob man selbst über das erforderliche Know-how verfügt. Die Erfahrung von Gemeinden die diesen Schritt bereits gesetzt haben zeigt, dass man hier durchaus selbstbewusst an die Sache herangehen kann. Es ist nicht zwingend ein externes Know-how erforderlich. Es geht vielmehr um eine offene und ehrliche Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Stakeholdern und um vernetztes Denken und Handeln. Auch Fehler sind erlaubt, denn es gibt keine optimale oder beste Lösung, da jede Region unterschiedliche Lösungen und Ressourcen anzubieten hat. Der größte Fehler wäre, nichts zu tun und weiterhin nur darauf zu vertrauen, dass schon nichts passieren wird.

Einfachheit

Ein wichtiger Punkt bei allen Überlegungen ist Einfachheit! Nur das Einfache hat Aussicht auf Erfolg, wenn nur eingeschränkte und unzuverlässige Ressourcen zur Verfügung stehen. Zum anderen muss damit gerechnet werden, dass auch einfache Handlungsanweisungen an die Bevölkerung – wie etwa „Bei ausgefallenen Ampeln gilt rechts vor links. Auch für Fahrradfahrer.“ – notwendig sind, wie jüngste Erfahrungen in Holland gezeigt haben.

Im Wesentlichen geht es um **zwei Aspekte**:

1. Wir benötigen JETZT eine offene und ehrliche Risikokommunikation, um eine breite Auseinandersetzung anzustoßen:
 - Ein solches Ereignis ist möglich.
 - Welche Folgen müssen erwartet werden.
 - Wo sind die Grenzen der organisierten Hilfe.
 - Daher muss jeder Einzelne aber auch jede Organisation sich selbst darauf vorbereiten. Bisherige Erfahrungen nach zahlreichen Öffentlichkeitsveranstaltungen der Zivilschutzverbände zeigen, dass die Bevölkerung einen offenen Umgang mit diesem Thema honoriert und durchaus bereit ist, Eigenverantwortung zu übernehmen.
2. Im Anfall muss es uns gelingen, möglichst rasch in einen vorbereiteten „gesellschaftlichen Notbetrieb“ überzugehen, um weitere Schäden zu verhindern.

In diesem Beitrag konnte nur ein grobe Überbau für die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen und kommunalen Vorbereitung auf das strategische Schockereignis „Blackout“ gegeben werden. In eine entsprechende Detailtiefe gehen die vom Autor bereitgestellten Leitfäden „Mein Unternehmen auf ein Blackout vorbereiten“ (<http://www.saurugg.net/Mein-Unternehmen-auf-ein-Blackout-vorbereiten.pdf>) und „Meine Gemeinde auf ein Blackout vorbereiten“ (<http://www.saurugg.net/Meine-Gemeinde-auf-ein-Blackout-vorbereiten.pdf>). Der Leitfaden für die Gemeinden adressiert etwa folgende Themenfelder im Detail:

- Kommunikation/Informationen/Alarmierung
- (Trink-)Wasserversorgung
- Abwasserentsorgung
- Einsatzkräfte
- Gesundheitsversorgung
- Sicherheit und Krisenhotspots
- Landwirtschaft
- Lebensmittelgrundversorgung und Zubereitung
- Entsorgung
- Heizung und Wärmeversorgung
- Notstromversorgung
- Treibstoffversorgung
- Zahlungsverkehr und Bargeld

Der Autor:

Herbert Saurugg, MSc, war 15 Jahre Berufsoffizier (Dienstgrad Major) des Österreichischen Bundesheeres, zuletzt im Bereich IKT-/Cyber-Sicherheit. Seit 2012 beschäftigt er sich mit den möglichen Auswirkungen der steigenden Vernetzung und Komplexität. 2013 initiierte er dazu die zivilgesellschaftlichen Initiative „Plötzlich Blackout!“ – Vorbereitung auf einen europaweiten Stromausfall. Anfang September 2015 führte er mit Unterstützung des Bundeskanzleramtes den nationalen Workshop „Blackout: Eine kommunale Herausforderung“ mit 50 VertreterInnen aus verschiedenen Gemeinden und Bezirken durch. Weitere Details und umfangreiche Hintergrundinformationen finden sich auf der Webseite www.saurugg.net.